

Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan

Jetzt Mut zur Solidarität!

Die Corona-Krise hat die Gefährlichkeit der in den letzten dreißig Jahren praktizierten Priorität „Privat vor Staat“ endgültig offengelegt. Schon vorher war die Notwendigkeit, zureichend öffentliche Güter zu finanzieren, an vielen Stellen deutlich geworden. Jetzt wird dem wohl kein vernünftiger Mensch mehr widersprechen. Dasselbe gilt angesichts unserer europäischen und globalen Interdependenz für die Überlebensnotwendigkeit und die Produktivkraft von Solidarität. Beides spricht für die realpolitische und vitale Bedeutung der sozialdemokratischen Grundwerte.

Deshalb wäre es als Richtlinie wichtig, dass sozialdemokratische Antworten auf die Corona-Krise diese Grundwerte klar dokumentieren. Sozialdemokrat*innen sehen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in einem untrennbaren strukturellen Zusammenhang. Wir glauben daran, dass Freiheit, die sich der Gerechtigkeit und der Solidarität verantwortlich weiß, sich also nicht einfach auf individuelle private Interessen konzentriert, Politik am besten und am nachhaltigsten leitet.

In der Europäischen Union haben die deutschen Sozialdemokrat*innen diese Orientierung in ihrer faktischen Politik in den vergangenen 15 Jahren oft nicht erkennen lassen. Deshalb haben wir nicht den Ruf, gegenüber unseren Nachbarn besonders solidarisch oder fair gehandelt zu haben. Jetzt haben wir eine neue Chance.

Positive Chancen einer solidarischen Politik

Die hat gleich am Anfang eine „Beule“ bekommen, weil wir das Exportverbot für medizinische Güter an Italien offenbar zumindest nicht verhindert haben. Wie gravierend dieser sture Mangel an Solidarität ist – wer immer dafür verantwortlich war –, kann man an dem handschriftlichen „Entschuldigung“-Brief von Bundespräsident Steinmeier an den italienischen Staatspräsidenten erkennen. So etwas darf nicht wieder passieren.

Wir unterschätzen in der Tagespolitik nicht nur den langanhaltenden negativen Effekt unsolidarischen Handelns, sondern vor allem auch die großen positiven Chancen, die eine erkennbar solidarische Politik birgt – für den Zusammenhalt Europas und sogar für unsere eigenen politischen Möglichkeiten. Symbolische Gesten zählen allerdings langfristig nur, wenn





sie klar jede Interpretation ausschließen, instrumentell eingesetzt worden zu sein. Prototyp dafür ist Willy Brandts Kniefall in Warschau. Auch die deutschen Hilfspakete während des Kriegsrechts in Polen sind dort unvergessen.

Solidarität beim ökonomischen Wiederaufbau

Als Vorsitzende der SPD Grundwertekommission rate ich dringlich dazu, bei der Finanzierung des ökonomischen Wiederaufbaus in Europa erkennbar solidarisch zu verfahren, was Kriterien der verantwortlichen Kreditvergabe und –verwendung durchaus einschließt. Die müssten auch bei Corona-Bonds formuliert werden.

Die Anknüpfung an den ESM hat – jenseits aller ökonomischen und juristischen Erwägungen – den Nachteil, dass sie für viele europäische Staaten und Gesellschaften an eine Vergangenheit mit deutscher Dominanz und an eine „Reform“-Konditionalität zumindest formal anschließt, die psychologisch schwer belastet sind. Die oktroyierten „Reformen“ haben im Übrigen de facto zum gegenwärtigen Mangel an öffentlichen Gütern im Gesundheitswesen erheblich beigetragen. Wenn jetzt noch dazu deutsche Sozialdemokrat*innen darauf bestünden, der Logik des ESM weiter zu folgen oder gar sich überhaupt einer solidarischen Finanzierung verweigerten, sind alle Chancen für einen solidarischen Neuanfang in Europa vertan. Denn die deutschen Sozialdemokrat*innen haben hier für Europa eine Schlüsselstellung und also auch

eine große Verantwortung. Beim ESM müsste zumindest eine radikale Änderung der Konditionalität, möglichst im Sinne der Nachhaltigkeit europäisch gemeinsam festgelegt werden.

Zentral ist, dass die deutsche Finanzpolitik unter Wolfgang Schäuble mit ihrer Dominanz die anderen Europäer gedemütigt hat. Das darf sich nicht wiederholen. Die kleineren nordeuropäischen Länder, die dabei mitgemacht haben, hätten sich vermutlich bei einer anderen Haltung Deutschlands anders eingestellt.

Besserwisserei strikt vermeiden

Deshalb ist es wichtig, dass alle Anklänge an frühere Besserwisserei und hochmütige Lehrmeisterhaltung, die die anderen immer wieder der Verantwortungslosigkeit verdächtigen und die eigenen Erfolge – trotz europäischer Interdependenz – nur auf die deutschen Fähigkeiten und Verdienste zurückführten, strikt vermieden werden.

Das heißt auch, dass die Deutschen helfen müssen, die gegenwärtig schlechteren ökonomischen Ausgangspositionen vor allem der Südeuropäer (für die wir mitverantwortlich sind) zu kompensieren. Diese schlechtere Ausgangslage nach dem Virus darf nicht dazu führen, dass ihre Kreditkonditionen für den Wiederaufbau schlechter ausfallen als z.B. für die Deutschen. Diesen Ausgleich könnte ein Corona-Fonds leichter bewirken. Er würde auch symbolisch klar aussagen: Wir wollen Europa jetzt gemeinsam vorbringen. Und es

ginge dabei nicht um gemeinsame Schuldenbedienung, sondern um eine Bürgschaft, die schon angesichts der angekündigten Politik der EZB, Anleihen ohne Obergrenze zu kaufen, nicht eintreten würde.

Auch für die Formulierung der Kriterien der Kreditverwendung sollte ein Verfahren verfolgt werden, bei dem alle gleichberechtigt ihre Interessen einbringen können und bei dem man sich vor allem zuvor gegenseitig zuhört! Dabei werden alle ein Interesse daran haben, dass Verantwortung institutionell verankert bzw. dass der berühmt-berüchtigte „moral hazard“ ausgeschlossen wird.

Solidarischer Neubeginn in Europa

Wenn das geregelt ist, müssen Sozialdemokrat*innen endlich den Mut aufbringen, Solidarität als gemeinsame Haftung – das ist ja der Kern von Solidarität („solidus“!) – offensiv zu vertreten und zugleich deren ökonomische und politische Vorteile zu zeigen. Sie dürfen nicht noch einmal vor der auf kleinbürgerliche Engstirnigkeit zielenden Stimmungsmache gegen die „Haftung für die Schulden anderer“ zurückweichen.

Wir müssen in der Krise beherzt die Chancen eines solidarischen Neubeginns in Europa ergreifen.

Die ZWISCHENRUFEN sind ein weiteres Format der Grundwertekommission, mit denen sie schneller auf aktuelle Themen und konkrete Fragestellungen eingehen will. Die Zwischenrufe ergänzen das Format der umfassenderen Themenpapiere und sollen als Grundlage für weiterführende thematische Debatten dienen – innerhalb der Grundwertekommission aber auch darüber hinaus. Sie werden von einzelnen Mitgliedern der Kommission verfasst und von diesen verantwortet.

Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Vorsitzende: Prof. Dr. Gesine Schwan, Sekretär: Mirko Schadewald
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
grundwertekommission@spd.de | grundwertekommission.spd.de

